

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport VBS  
Bundesamt für Umwelt

20. September 2021

per Email an: madeleine.pickel@swisstopo.ch

## Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Bundesgesetzes über Geoinformation

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Geoinformation und danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Wir sind überzeugt mit unserer Bauweise und unseren Materialien einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz beitragen zu können. Recyclingmaterialien sind in unserer Bauweise heute Standard. Unsere Bauweise ist wie keine zweite geeignet, die Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen umzusetzen und zu fördern.

**metal.suisse unterstützt die Ziele der Vorlage. Die Nutzung des Untergrundes wie auch der Erdoberfläche gewinnt immer mehr an Bedeutung, birgt jedoch auch viele Nutzungskonflikte. Entsprechend ist es nachvollziehbar, dass geologische Daten systematisch, digital und harmonisiert erfasst werden. Eine bessere und klar definierte Datenverfügbarkeit spielt eine entscheidende Rolle. Die aktuelle Fassung der Vorlage lehnt metal.suisse jedoch ab.**

Mit der geplanten Änderung des GeoIG droht ein heikler Präzedenzfall, welcher sich mittelfristig auch auf andere Bereiche und die entsprechenden Daten auswirken kann («Verstaatlichung privater Daten»). Dieser massive Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit kann zu einem Präzedenzfall für die Verstaatlichung privater Informationen führen und muss entsprechend gerechtfertigt werden. Das öffentliche Interesse an den erhobenen Geodaten rechtfertigt zudem eine entschädigungslose Einlieferungspflicht durch Private nicht. Eine Abgabepflicht muss daher auf diejenigen

Daten beschränkt werden, die für die Erfüllung einer klar definierten Aufgabe des Bundes tatsächlich notwendig sind (nationales Interesse).

Gemäss dem erläuternden Bericht zur Vernehmlassungsvorlage werden zwar lediglich Daten von nationalem Interesse eingefordert; es wird jedoch offengelassen, um welche nationalen Interessen es sich im Einzelnen handelt.

Die Interessen der privaten Daten- und Grundeigentümer und die Gleichbehandlung zwischen privaten und öffentlichen Akteuren müssen besser berücksichtigt werden (Themen Holschuld gem. Art. 28a E-GeoIG und angemessener und gleichbehandelnder Entschädigungsanspruch).

Für die Stellungnahme zu den konkreten Anpassungsvorschlägen verweisen wir auf die Vernehmlassungsantwort unseres Partnerverbandes Cemsuisse, die wir vollumfänglich unterstützen.

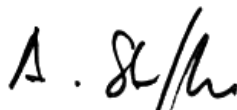
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**metal.suisse**



Diana Gutjahr  
Präsidentin,  
Nationalrätin SVP



Andreas Steffes  
Geschäftsführer